



An den

Landeshauptmann Anton Mattle

Bankverbindung
BLZ 20503 · Kto.-Nr. 00000-025809
IBAN: AT132050300000025809
BIC- SPIHAT22XXX

Sölden, 2025-07-15

FORDERUNGEN und VORSCHLÄGE zum Thema BÜROKRATIEABBAU

- **Lohnverrechnung und Arbeitsrecht**

Sicherheitsrelevante und Arbeitnehmerschutzrelevante Bestimmungen sollten analysiert werden / insbesondere die Zettelwirtschaft standardisiert werden

Gastro KV: insbesondere das Stundenausmass / Ruhezeiten müssen auch für Saisonsbetriebe machbar und attraktiv sein. Saisoniers sind hier um zu arbeiten und nicht um frei zu haben - zudem die Kündigungsfristen wieder auf 2 Wochen

klare Regelung für die KV Einstufungen - insbesondere aus anderen EU-Staaten (Prüfung von Zeugnissen) sollte man eine einheitliche Regelung finden.

Lohnnebenkosten senken (Dienstgeberbeiträge) - Sonderzahlungsbesteuerung überdenken

höheres Kontingent aus Drittstaaten – generell Öffnung des Arbeitsmarktes

Zuverdienst für Pensionisten steuerlich begünstigen

Arbeitslosenentschädigung radikal kürzen für Arbeitsverweigerer!
Abschaffen des Zuverdienstes für Arbeitslose!

keine Trinkgeldbesteuerung!

Die Bürokratie hemmt nicht nur Unternehmen und Bürger, sondern macht auch Dienstleistungen für uns alle teurer.

- **Familienbetriebe**, insbesondere im Bereich des Gastgewerbes, bilden das Rückgrat der Tiroler Wirtschaft. Die vielen kleinen und mittelständischen Familienhotels leisten einen wichtigen Beitrag zur touristischen Vielfalt und stärken die lokale Wirtschaft. **Doch während Familienhotels tagtäglich mit großem Engagement ihre Gäste betreuen, sehen wir uns und besonders die nächste Generation bei der Übernahme des Betriebs mit enormen bürokratischen Hürden konfrontiert.**

Die Bürokratie im Bereich der Betriebsführung und insbesondere bei der Übergabe des Hotels an die nächste Generation ist komplex und erfordert viel Zeit und Aufwand, der von den Betreiberfamilien oft nur schwer bewältigt werden kann. Insbesondere junge Nachfolger, die den Betrieb fortführen wollen (z.B. sollte die BAG hier die Gültigkeit der Restdauer behalten), müssen nicht nur mit der operativen



Herausforderung umgehen, sondern auch mit bürokratischen Anforderungen, die den Übergang erschweren und die Weiterentwicklung des Unternehmens stark behindern.

Die Politik darf die Augen nicht verschließen, wir stehen vor großen Herausforderungen durch die Teuerungswelle in allen Bereichen.

Es wäre schade, wenn viele Familienbetriebe nicht mehr weitergeführt würden und dadurch ein Stück Tiroler Kultur wegfällt.

- **Vollständigkeitsprüfung bei Betriebsanlagengenehmigung** - Verfahren durch die Bezirksstellen der Wirtschaftskammer (Pilotprojekt gehört ausgeweitet!) - Bereitstellung eines Wirtschaftskammer-Funktionärs und eine einheitliche Vorgehensweise der Tiroler Bezirkshauptmannschaften!!
Weiters solle die Gültigkeit/Laufzeit der Betriebsanlagengenehmigung an den nächsten weitergegeben werden können.
Grundbuch Steuer: auch diese sollte die Gültigkeit behalten und nicht bei jedem Verkauf wieder neu besteuert werden.
- **Meldewesen: Am Beispiel Ötztal:**
Liebe Ötztaler Vermieter:innen!
Wir möchten dich über einige wichtige Neuerungen und Hinweise im Bereich **Gästemeldung** informieren. Die Prüforgane des Amtes der Tiroler Landesregierung legen derzeit bei ihren verstärkten Kontrollen besonderes Augenmerk auf die **korrekte und vollständige Erfassung der Gästemeldungen**. Insbesondere folgende Punkte stehen im Fokus der Überprüfungen:
Pflicht zur Unterschrift auf dem vollständigen Meldeschein mit Nummer
→ Gäste müssen **den ausgefüllten Meldeschein inkl. Meldescheinnummer unterschreiben** (bisher war lediglich die Unterschrift auf dem Blanko-Meldeschein erforderlich).
Einzelmeldungen für Gäste außerhalb familiärer Verbände
→ Reisen Gäste nicht im Familienverbund, ist **für jede Person ein eigener Meldeschein** auszufüllen.
Pflichtangaben beim Reisedokument
→ Neben der **Passnummer** sind auch der **Ausstellungsort** und das **Ausstellungsdatum** verpflichtend anzugeben.
- **Pflichtbeiträge:** die Rechnung der Pflichtbeiträge werden vom Land Tirol gestellt, aber mit Absender Tourismusverband. Wenn zu den Rechnungen Fragen sind, kommen die Mitglieder auf uns zu. Wir können aber hierzu keine Auskunft geben, da wir die Rechnungen nicht ausstellen und kennen. Absender sollte daher auf Land Tirol geändert werden.
- **Tourismusverbände** fallen in das europäische Vergabeverfahren – hoher Bürokratieaufwand
- **Brandverhütung:**
Wir haben in den Medien vernommen wie Zuständige im Bauamt in Innsbruck willkürlich gehandelt haben sollen. Das ist nicht nur ein Thema in Innsbruck sondern Landesweit, dass Behörden unterschiedlich agieren. Brandmelde Anlage Kontrolle kostet sehr, sehr viel Geld.
Genauso gut können Unternehmen die Kontrolle der Brandmelder etc selber übernehmen, auch zeigt die Brandmelde Anlage sofort an, wenn ein Melder beschädigt ist. Ersparnisse von zig Tausend Euro pro Jahr für die Betriebe.



- **Aufzüge:**

Laut Gesetz müssen Verbindungen zu einer Notruf Stelle hergestellt werden können. Es wird an ein Callcenter weitergeleitet, dieses Callcenter ruft dann den Betrieb an. Pro Aufzug sind Gebühren zu entrichten.

Unsere Forderung: Sollte ein Betrieb drei Personen namhaft machen können die erreichbar sind, sollte der teure Umweg über das Callcenter entfallen.

- **Einfacher, effizienter, unternehmerfreundlicher.**

Vernünftige Durchforstung der Verordnungen und Gesetze auf Plausibilität und Wirtschaftlichkeit.

- **Regulierung herunterfahren:**

Regulierungen wachsen hierzulande so sicher wie die Einnahmen des Finanzministers. Die türkis-blaue Regierung hat 2017 ein sogenanntes „Deregulierungsgrundsätzegesetz“ beschlossen.

Das Gesetz sieht vor, dass EU-Richtlinien nicht mehr übererfüllt werden sollen (in der Fachsprache „Gold Plating“ genannt). Bei neuen Regulierungen auf Bundesebene sollen nach Möglichkeit ältere Regulierungen im gleichen Verwaltungs- und Kostenausmaß entfallen („One in, one out“-Regel).

- **Bürokratie bremsen, Wachstum fördern:**

Laut OECD könnten wettbewerbsfördernde Maßnahmen in Österreich das Wachstum von Produktivität und Beschäftigung deutlich steigern.

Österreich, ein Bürokratiemonster:

Denn ein Blick auf die Zahlen zeigt, wie fest die Bürokratie Österreich im Griff hat. Das World Economic Forum publiziert jedes Jahr in seinem Competitiveness Report eine Rangliste, die abbildet, inwieweit die Bürokratie die Tätigkeit von Unternehmen im Land erschwert. Österreich schaffte es 2018 mit Platz 63 zwar ins Mittelfeld der 140 untersuchten Staaten, europäische Vergleichsländer wie die Schweiz (8), Deutschland (7) oder Schweden (23) schnitten aber deutlich besser ab.

Ein Relikt aus der Zeit Kaiser Franz Joseph I., über das sich die eingesehnen Betriebe noch heute freuen dürfen, ist die Gewerbeordnung. Eingeführt wurde sie im Jahr 1859 mit dem Ziel, „die gewerbliche Betriebsamkeit in unserem Reiche gleichmäßig zu regeln und möglichst zu erleichtern ...“ (Kundmachungspatent).

- **Dort, wo die Entscheidung zu den Ausgaben fällt, da muss auch das Geld eingehoben werden.**

Deshalb unterstützen wir auch die Forderung von LH Mattl, dass die GKK wieder zurück zu den Ländern und weitere föderale Maßnahmen die Sinn machen und kosten reduzieren.

Wir sehen ja dass wir ein Ausgaben-Problem haben und kein Einnahmen-Problem.

Die Bürokratie hemmt nicht nur Unternehmen und Bürger, sondern auch den Staatsapparat selbst. Seine Dienstleistungen für den Bürger werden dadurch ebenfalls teurer. So kommt es, dass der Staat trotz immer weiter steigender Einnahmen nur äußerst selten das Auslangen finde